

Zukunftsfeste Wohnräume

Der Rechnungshof hat in seinem jüngsten Bericht darauf hingewiesen, dass die Zahl der über die Mietwohnraumförderung gebundenen Sozialwohnungen sich in Rheinland-Pfalz von 2006 bis 2016 von mehr als 77.200 auf weniger als 59.800 Einheiten verringerte. Ende 2019 waren es schon nur noch 50.231. Bis 2032 wird der Wohnungsbestand voraussichtlich auf knapp 28.000 Einheiten sinken.

Parallel verfehlt die Landesregierung das im Koalitionsvertrag selbstgesteckte Ziel von 20.000 neuen Sozialwohnungen vollumfänglich. Diese 20.000 Neuwohnungen hätten jedoch nur dazu geführt, den Stand aus 2016 zu erhalten – ohne dass eine einzige zusätzliche Sozialwohnung geschaffen wäre. Damit rächt sich die langjährige Untätigkeit der SPD-geführten Landesregierungen im Bereich des ‚bezahlbaren Wohnens‘.

Zukunftsfeste Lebensräume erreichen wir nur mit einer ausgewogenen Stadt-Land-Politik. Wenn der ländliche Raum als Lebensraum attraktiv bleibt bzw. wird, dann führt das zu einer Entspannung der Wohnungsmärkte in den Ballungszentren. Nur durch attraktive ländliche Räume kann der Zuzugsdruck auf die Ballungs- und Mittelzentren abgefedert werden. Eine kluge Politik für den ländlichen Raum hilft also auch den Ballungszentren und Zuzugsregionen.

Die CDU plädiert ergänzend und nachdrücklich für einen Einstieg in den Bau bzw. den Erwerb von Staatsbediensteten-Wohnungen in Ballungsgebieten, damit auch bei angespannten Wohnungsmärkten die staatliche Daseinsvorsorge sichergestellt werden kann. Bei hohen Mieten wird es nämlich zunehmend schwer, staatliche Bedienstete und Beamte in allen Entgeltgruppen auch für die Ballungszentren zu finden. Bayern macht es vor, wie der Staat hier Abhilfe schafft, damit das entsprechende Marktsegment insgesamt entspannt und zugleich noch die Investitionsquote erhöht. Leider hat die SPD-geführte Ampelregierung unseren Abtrag hierzu 2018 und auch bei den jüngsten Haushaltsberatungen abgelehnt.

Gemeinwohlorientierte Bodenpolitik müsste definiert werden. In diese Abstraktheit ist es sicherlich richtig, aber was heißt es konkret? Nach unserer Auffassung muss nicht an jedem, also auch dem teuersten Standort, immer auch eine Sozialwohnungsquote umgesetzt werden. Es kann nämlich dem Gemeinwohl mehr nutzen, wenn man besonders stark nachgefragte Grundstücke durchgängig zum Höchstpreis verkauft und mit dem Mehrerlös an anderer – anständiger – Lage umso mehr geförderte Wohnungen realisieren zu können.

Grundsätzlich, auch dafür stehen wir, sollen Land und Kommune ergänzend dazu über Sozialwohnungsquoten und bei Konzeptvergaben bei Grundstücksverkäufen sicherstellen können, dass für alle Bevölkerungsschichten angemessener Wohnraum entsteht.

Letztlich müssen die Kommunen finanziell besser ausgestattet werden. Nur mit ausreichend Personal und finanziellem Spielraum sind die von Ihnen genannten unterstützenswerten Verfahren überhaupt möglich. Die aktuelle Ausgestaltung des kommunalen Finanzausgleiches der Landesregierung ist laut Verfassungsgerichtshof verfassungswidrig (bereits das zweite vernichtende Urteil für die Landesregierung innerhalb weniger Monate). Hier wird eine CDU-geführte Regierung die nötigen Freiräume für lokale Initiativen schaffen.

Klimagerechtes Bauen

Zentrale Aufgabe der politischen Ebene ist nicht nur die Ausrufung von Zielen, sondern auch die Erarbeitung eines konkreten Fahrplans, wie diese erreicht werden soll. Bei den Klimazielen der

Landesregierung fehlt eine solche Prognose, genauso wie Meilensteine und das notwendige Monitoring weitgehend.

Beispielhaft hierfür steht die „klimaneutrale Landesverwaltung“. Deshalb hat die CDU im Haushalt 2021 einen Sanierungsfahrplan für die Landesliegenschaften beantragt. Nur mit einem solchen Konzept kann das Ziel erreicht werden, „bis zum Jahr 2030 die Behörden, Hochschulen und sonstigen Landeseinrichtungen, soweit sie der unmittelbaren Organisationsgewalt des Landes unterliegen, in der Gesamtbilanz klimaneutral zu organisieren“ (LKSG § 9 Abs. 3). Der Gebäudebestand bleibt der größte Emittent, eine Sanierung ist sowohl wirtschaftlich als auch umweltpolitisch sinnvoll. Deshalb wollten wir ab dem Jahr 2022 verbindlich regeln, wie viele Mittel in welchem Jahr für welche Gebäude aufgewendet werden. In dem Sanierungsfahrplan sollen sowohl die Liegenschaften als auch Hochschulen mit einbezogen werden. Es reicht nicht aus, wenn das Land seiner Vorbildfunktion nur mit dem Verweis auf Leuchtturmprojekte oder Best-Practice-Beispiele nachkommt. Die Landesregierung lehnte diesen Vorschlag leider ab.

Auf Ebene der Kommune gilt ein weiteres Mal, dass eine Sanierungsoffensive nur möglich ist, wenn dafür die notwendigen finanziellen Mittel bereitgestellt werden. Das Land ist laut Verfassung dazu verpflichtet, den Landkreisen und kreisfreien Städten die notwendigen Ressourcen bereitzustellen. Bisher tut es das nicht. Hier reicht es nicht, Klimaschutz zu einer Pflichtaufgabe zu ernennen.

Alle Unterfangen nachhaltige Rohstoffe, wie beispielsweise Holz, zu nutzen unterstützt die CDU ausdrücklich. Auch hier wünschen wir uns von der Landesregierung jedoch ein Konzept und einen Plan, anstatt den Verweis auf einzelne Pilotprojekte. Eine CDU-geführte Landesregierung wird das Potenzial systematisch identifizieren und dann auch adressieren. Die dafür erforderlichen baurechtlichen Änderungen – etwa zur Zulässigkeit von Holz als Baustoff – tragen wir ausdrücklich mit. Unseren Vorstoß für mehr Gründächer und deren bessere Förderung hatte die Ampelmehrheit leider abgelehnt, weil es angeblich das alles schon gibt – und dann also wohl nach deren Sicht nicht verbessert werden kann. Wir sind da nicht ganz so euphorisch und würden die Förderlandschaft möglichst verbessern bzw. Anreize schaffen, denn Gründächer bringen viele Vorteile, bei Mikroklima, Wasserrückhaltung, Insektenlebensraum und Dämmung etc., wobei die Wertschöpfung praktisch komplett im Land bleibt. Bei der Installierung von Photovoltaikanlagen halten wir Anreize sinnvoller als starre Vorgaben, etwa einen Zwang zur Installierung von PVAs.

Insgesamt begrüßen wir es nachdrücklich, wenn die gesamten Lebenszykluskosten eines Gebäudes berücksichtigt werden. Hier ist ein hohes Maß an Planungskompetenz und Erfahrung erforderlich – und manchmal auch die Bereitschaft, eine planerisch reizvolle Idee noch einmal zu überarbeiten, um die Bewirtschaftungsfolgekosten im Griff zu halten.

Digitalisierung vorantreiben

Der flächendeckende Netzausbau gerade auch im ländlichen Raum ist gesellschaftspolitisch entscheidend – dazu darf ich Bezug nehmen auf meine Ausführungen zur Stadt-Land-Politik. Wer es ernst meint mit gleichwertigen Lebensverhältnissen muss sich hier an Taten und nicht an Worten messen lassen.

Dennoch ist die Breitbandversorgung in Rheinland-Pfalz leider immer noch unterdurchschnittlich. Viele Menschen haben dies in Zeiten des Home-Office deutlich gemerkt. Vor drei Jahren sollten

98 Prozent der Haushalte mit schnellem Internet versorgt sein – es blieb eine Überschrift, die „Gigabit-Gesellschaft“. Noch heute haben mehr als 200.000 Haushalte nicht mal einen 50M-bit-Anschluss. Wieder einmal hat die Landesregierung ein großes Ziel ausgegeben, ohne die dafür notwendigen Maßnahmen einzuleiten.

Bezeichnend ist zudem, dass die Landesregierung beim Breitbandausbau einmal mehr „klebrige Finger“ hat, wenn es um die Weiterleitung von Fördergeldern geht. So hat z. B. der Bund seinen Förderanteil von 50% im Kreis Kreuznach unter Hinweis auf die schwache Finanzlage der Kommunen dort um 10%-Punkte des Investitionsvolumens, also genau in Höhe des Eigenanteils der Kommunen, erhöht. Das Land gibt diesen Vorteil aber nicht weiter, sondern reduziert den Landesanteil von 40% auf 30%. Ein wirklich bezeichnendes Vorgehen.

Damit die vielen notwendigen Schritte nicht wie aktuell in einem diffusen Digitalisierungskabinetts abgebildet sind, wollen wir Digitalisierung zur Chefsache machen. Die entsprechenden Kompetenzen und Aufgaben werden dazu in der Staatskanzlei gebündelt. Damit wird auch sichergestellt, dass sich die Verwaltung in Zukunft stärker digitalisiert.

Darüber hinaus ist eine konsequente Digitalisierung der Bauvorhaben notwendig. Planungs- und Bauverfahren sind aktuell eindeutig zu langsam. Die CDU unterstützt den 11-Punkte-Plan, der u.a. vom rheinland-pfälzischen CDU-Bundestagsabgeordneten Patrick Schnieder und seinem Kollegen Carsten Linnemann erarbeitet wurde, und die darin enthaltenen Vorschläge, die hier zu finden sind: https://www.patrick-schnieder.de/sites/www.patrick-schnieder.de/files/docs/11-punkte-plan_fuer_schnelleres_planen_und_bauen.pdf

Kompetenzen der Architekten nutzen

Architekten sind für die vielfältigen Herausforderungen unserer Zeit unentbehrlich: Klimaschutz, bezahlbarer Wohnraum oder die bestmögliche Nutzung von Flächen für die Gemeinschaft sind ohne Ihren Berufsstand nicht möglich. Eine Einbindung durch die Vertretung der Architektenkammer ist dabei gleichzeitig sowohl notwendig als auch wünschenswert.

Die CDU setzt sich in allen Bereichen dafür ein, dass es vermehrt zu Ausschreibungen kommt. So wollen wir externe Ingenieur- und Architektenbüros stärker als bisher nutzen. Das Land muss nicht alles durch die eigenen Behörden abwickeln, es kann und sollte auch auf die Kompetenz Privater im Land setzen. Einen entsprechenden Antrag von uns, der eine entsprechende Erhöhung der Mittel im Haushalt zum Gegenstand hatte, haben die Regierungsfractionen im Haushalt leider (wie schon 2018) abgelehnt.

Bezüglich der Honorartafeln und -ordnungen stehen wir in einem engen Austausch. Ihre Argumente nehmen wir sehr ernst und leiten Sie an die zugehörigen Stellen in Bund und EU weiter. Das Ziel muss eine Förderung des Wettbewerbs zur Sicherung einer „Bestenauslese“ sein – und nicht nur das Herausfiltern des billigsten Anbieters, denn „aus billig wird leider oft teuer“.

Zuständigkeiten bündeln

Eine CDU-geführte Landesregierung wird die Zuständigkeiten der Landesregierung neu ordnen. Die von Ihnen dargestellten diffusen Wege sind nur ein Beispiel der aktuellen Organisation.

Deshalb sind wir für das Zusammenführen von konventioneller und ökologischer Landwirtschaft sowie von Umwelt und Landwirtschaft in den Ministerien (MWVLW und MUEEF).

Den Vorschlag neue gebündelte Strukturen (z.B. einen Ausschuss) für die Querschnittsaufgaben im Bereich Planen und Bauen ist dabei sicherlich eine sinnvolle Idee, über die es nach der Landtagswahl zu entscheiden gilt. Zudem gäbe es mit einer CDU-geführten Landesregierung nicht die Situation, dass Beiräte von Landesbetrieben, wie etwa des LBM, zweieinhalb Jahre einfach nicht tagen. Offensichtlich hat die Landesregierung und hat Minister Wissing aber kein Interesse am fachlichen Austausch.